

## SCHLUSSBETRACHTUNG

Angesichts der Verschiedenartigkeit der Umstände und Anlässe, die jeweils zur Entstehung SS-eigener Wirtschaftsunternehmen führten, der höchst unterschiedlichen Bedeutung der einzelnen Gründungen und angesichts der Zusammensetzung der SS-Wirtschaft aus einem schier unübersichtlichen Vielerlei mannigfaltiger Geschäftszweige ist der Zweifel wohl begründet, ob der Betätigung der SS auf wirtschaftlichem Gebiet überhaupt eine klare und einheitliche Zielsetzung zugrunde gelegen hat.

Sicher war die Errichtung der frühen wirtschaftlichen Unternehmungen (bis 1938) nicht von einer vorbedachten Gesamtplanung geleitet, jedenfalls nicht von einer spezifisch wirtschaftlichen Konzeption. Bei der Gründung des Nordland-Verlages, der Errichtung und Übernahme von Stiftungen zur Pflege und Ausgestaltung bestimmter Kulturdenkmäler, dem Ausbau der Porzellan-Manufaktur Allach, schließlich auch bei der Monopolisierung der Mineralwassererzeugung, soweit sie von dem reformerischen Programm der Bekämpfung des Alkoholismus geleitet war, überwogen bestimmte „ideelle“ Ziele, denen gegenüber der wirtschaftsunternehmerische Aspekt und Gewinn Spekulationen untergeordnet wurden. Auch bei der Inangriffnahme des sogenannten Heimgestaltungsplanes zur Herstellung guter und billiger Serienmöbel spielten Bestrebungen zur Realisierung eines bestimmten Heim- und Wohnideals hinein. Sie verknüpften sich hier jedoch zugleich mit dem weiteren Ziel: der Versorgung und Sicherung der SS-Angehörigen in materieller Hinsicht, dem auch andere Einrichtungen, so die frühen Gründungen der „SS-Spargemeinschaft“ und der „Gemeinnützigen Wohnungs- und Heimstätten GmbH“, ferner das spätere Unternehmen der „Erholungsheime für naturgemäße Heil- und Lebensweise“ dienten. Mit Vorliebe sind seitens der SS diese „ideellen“ und Sozialhilfs-Bestrebungen auch später noch als das „eigentliche“ Ziel der SS-Unternehmen hingestellt worden. So schrieb Dr. Hohberg im August 1940 von der Aufgabe der „Kultivierung des Lebensstils“ und der Hebung des Standes „der Lebenshaltung der Schutzstaffelangehörigen und darüber hinaus aller Volksgenossen, die der Schutzstaffel ideell nahestehen“<sup>588</sup>. Und Pohl formulierte noch am 11. 7. 1944 in einem „Chefbefehl“ an seine Mitarbeiter in der Amtsgruppe W:

„Ich wiederhole hier, was ich bei jeder Gelegenheit betone: Nicht Gewinnstreben ist der Zweck unserer wirtschaftlichen Unternehmungen, sondern die Gestaltung von Dingen, die uns naheliegen, im Sinne der Schutzstaffel, also nach den Weisungen des Reichsführers“<sup>589</sup>.

Der Krieg habe allerdings, so fuhr Pohl fort, der SS „zwangläufig andere Aufgaben zugeteilt“.

<sup>588</sup> Schreiben an SS-Ostufab. Böhme vom SD-Leitabschnitt Prag, vom 14. 8. 1940 (NI-11 852); vgl. auch Pohls Schreiben vom 19. 9. 1941 an den Reichskommissar für die Preisbildung (NO-3798).

<sup>589</sup> Dok. NO-4242.

An dieser Selbstdarstellung ist soviel richtig, daß das Streben nach finanziellem Gewinn, so wichtig dieser sein mochte, nicht zu den beherrschenden Antriebskräften für die Ausweitung der SS-Wirtschaft gehörte. Der imposante Kapitalfundus, der sich für die SS in Gegenwart und Zukunft aus dem Konzern der DWB ergab oder ergeben mochte, war zwar ein willkommenes Resultat, bildete aber für Himmler und Pohl nicht ein primäres Motiv für die Akkumulation der SS-Unternehmen, zumal während des Krieges der fiskalische Gesichtspunkt an Bedeutung verlor gegenüber der Produktionsleistung. Dagegen bestimmte die Absicht der Selbstversorgung der SS, insbesondere ihrer bewaffneten Verbände (Verfügungstruppe und Totenkopfverbände, später Waffen-SS), mit Bedarfs- und Ausrüstungsgegenständen im wesentlichen Maße die Ausbreitung der SS-Wirtschaft.

Die wohl entscheidende Zäsur der Entwicklung, der Übergang von der frühen Phase der von zufälligen Gelegenheiten bestimmten Improvisation ohne spezifisch unternehmerische Ambitionen zu einer zielstrebigem Expansion der SS-Tätigkeit auf wichtige Produktionsgebiete, wird durch die Jahre 1938/39 markiert. Vor allem mit der Gründung der DEST und der DAW wuchsen die frühen Werkstättenbetriebe, die sich auf die Arbeitskraft der Konzentrationslagerhäftlinge stützten, sichtlich über die nur sekundäre Funktion hinaus, die sie als Anhängsel der Konzentrationslager bisher gehabt hatten, und begannen eine selbständige Rolle zu spielen, die nun ihrerseits die künftige Entwicklung der Konzentrationslager (Errichtung neuer Lager) wesentlich mitbestimmte. Dadurch fiel zugleich aber auch den bewaffneten Totenkopfverbänden der SS eine verstärkte Position zu. In den zwölf Monaten des Jahres 1938 kam es fast zu einer Verdoppelung der zahlenmäßigen Stärke der SS-Totenkopfeinheiten<sup>570</sup>. Für 1938 setzten Pohl und Himmler auch eine erhebliche Erhöhung der im Reichsetat für die SS-Totenkopfverbände und Konzentrationslager ausgeworfenen Summen durch. Diese blieben allerdings hinter der Höhe der beantragten Mittel noch erheblich zurück<sup>571</sup>.

Der sich 1938 deutlich abzeichnende allgemeine „Terraingewinn“ der SS muß dabei im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Aktivierung der Außenpolitik Hitlers und der innenpolitischen Radikalisierung der Führerdiktatur (Fritschkrise, Entlassung Schachts u. a.) gesehen werden. Nach der Phase der konservativ-autoritären Stilisierung des nationalsozialistisch geführten Staates in den Jahren 1935 bis 1937, die der SS als einer totalitären Parteieliteorganisation nur begrenzten Spielraum ließ, ergriff sie, von Hitler ermuntert, im Jahre 1938, im Zeichen der außenpolitischen Mobilität und „Krieg-in-Sicht“-Situation energisch die neuen sich bietenden Möglichkeiten der Macht- und Kompetenzerweiterung.

So waren die bei der Errichtung des DEST-Unternehmens 1938 zum Ausdruck kommenden weitgesteckten Zielsetzungen zur Ingangsetzung einer umfangreichen Baustoffwirtschaft unter SS-Regie, abgesehen von dem konkreten Ziel der Produk-

<sup>570</sup> Nach dem „Statistischen Jahrbuch der Schutzstaffeln der NSDAP“ für 1937/38 zählten die Totenkopfeinheiten am 31. 12. 1937 4833 Mann, dagegen am 31. 12. 1938 8484 Mann.

<sup>571</sup> Näheres dazu in den Akten des Reichsfinanzministeriums; Bundesarchiv Koblenz: R 2, Nr. 12 163.

tionssteigerung auf diesem „Engpaß“-Sektor, auch begleitet von dem Bestreben, die SS autark zu machen bei ihren eigensten Vorhaben (Kasernenbauten für neue SS-Einheiten u. ä.) und ihr darüber hinaus ganz allgemein eine staatspolitisch und auch rüstungswirtschaftlich bedeutsame neue Basis zu sichern.

Angesichts der schon vor dem Kriege herrschenden, dann aber noch verstärkten Knappheit an zahlreichen Wirtschaftsgütern ergab sich ein erheblicher Vorteil daraus, daß die SS einen beträchtlichen Teil ihres Bedarfs durch eigene Produktion decken konnte, vor allem auf dem Baustoff-, Holz-, Bekleidungs- und Ernährungssektor. Dies allein vermag aber kaum den Akkumulationsprozeß der SS-Wirtschaft in den Kriegsjahren zu erklären. Dahinter stand anscheinend auch die mehr oder weniger artikuliert Vorstellung, daß es gelte, beizeiten und unter umsichtiger Ausnutzung der sich im Kriege bietenden Chancen der SS einen bedeutsamen Sektor der nationalen Wirtschaft für die Zukunftsaufgaben des nationalsozialistischen Staates zu sichern<sup>572</sup>.

Man wird sicher nicht von einer ausgereiften wirtschaftspolitischen Konzeption der SS (etwa im Sinne einer geplanten Staats- oder Parteiwirtschaft) sprechen können; dennoch fehlt es nicht an Anzeichen deutlicher Kritik an der kapitalistischen Privatwirtschaft, die (jedenfalls in eigentumsrechtlicher Hinsicht) weitgehend ungeschoren blieb. Die wenigen Zeugnisse, die überhaupt prinzipielle wirtschaftspolitische Überlegungen der SS-Führung enthalten, bleiben in dieser Hinsicht jedoch sehr blaß und beschränken sich meist auf die Variation des damals bekannten Gemeinplatzes, daß im nationalsozialistischen Deutschland der Staat der Wirtschaft befehle. Das gilt z. B. von dem schon mehrfach zitierten Bericht des Stabes W über die „Organisation und Aufgaben der Amtsgruppe W“ vom Juli 1944, der vermutlich von SS-Hauptsturmführer Dr. Hoffmann stammte und als Beitrag zu einem Standardvortrag vor Schulen und Lehrgängen der Wehrmacht vorgesehen war<sup>573</sup>. In ihm heißt es:

„Beim Studium der W-Betriebe wird sich einem zunächst die Frage aufdrängen: warum betreibt die SS Wirtschaft? Diese Frage wurde besonders von Kreisen aufgeworfen, die rein kapitalistisch denken und es nicht gern sehen, daß Betriebe entstehen, die öffentlich sind oder zumindest einen öffentlichen Charakter haben.

Die Zeit des liberalistischen Wirtschaftssystems fordert den Primat der Wirtschaft, d. h. erst kommt die Wirtschaft und dann der Staat. Demgegenüber stellt sich der Nationalsozialismus auf den Standpunkt:

Der Staat befiehlt der Wirtschaft,  
der Staat ist nicht für die Wirtschaft, sondern  
die Wirtschaft ist für den Staat da.“

Bemerkenswert ist immerhin, daß hier die SS-Betriebe deutlich als im Einklang mit der von der nationalsozialistischen Führung erstrebten staatlichen Wirtschafts-

<sup>572</sup> Besonders deutlich in dieser Hinsicht das oben, S. 111 bereits zitierte Schreiben Himmels an Pohl vom 31. 1. 1942 (NO-3795).

<sup>573</sup> Dok. NO-1016.

lenkung stehend hingestellt werden. Das legt die Schlußfolgerung nahe, daß man sich von der Schaffung eines möglichst umfangreichen SS-Konzerns auch versprach, auf dieser Basis nach dem Kriege noch stärker als bisher die Wirtschaft des Reiches in Richtung auf eine noch strammer organisierte „staatliche Kommandowirtschaft“ (Röpke) umstellen zu können. Die führenden Vertreter des WVHA ließen keinen Zweifel daran, daß sie die während des Krieges zustande gebrachte Bildung des DWB-Konzerns als auf lange Zukunft berechnet ansahen. Der Chef W, SS-Oberführer Baier, betonte in seinem Memorandum vom 1. 2. 1944, daß die Wirtschaftsunternehmungen der SS, die einen in der deutschen Wirtschaftsgeschichte wohl einzigartigen Aufstieg hätten, „für ewig gegründet“ seien<sup>574</sup>. Ihre Führung denke nicht an Wiederauflösung, sondern an weitere „Aufwärtsentwicklung und Stärkung ihrer inneren Kraft“.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß bei längerer Fortdauer der nationalsozialistischen Herrschaft auch der Ausdehnungsprozeß der SS-Wirtschaftsunternehmungen weitergegangen wäre. Zahlreiche Projekte, die nach dem Krieg in Angriff genommen werden sollten, sind in den Akten enthalten. Durch eine solche Entwicklung wäre aber das Gefüge der Privatwirtschaft, deren Formen und Rechtsnormen sich die SS opportunistisch bediente, je länger desto mehr ausgehöhlt worden. Mit der zunehmenden Akkumulation der SS-Wirtschaft war schon der Weg zur funktionellen und strukturellen Veränderung wichtiger Bereiche der deutschen Wirtschaft besritten.

In einem Aktenvermerk vom 21. Oktober 1942 betonte Himmler gegenüber dem wirtschaftspolitischen Reformeifer SS-Brigadeführer Ohlendorfs, des Chefs des Inland-SD, daß „während des Krieges“ eine „grundsätzliche Änderung unserer total kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich“ sei. Jeder, der dagegen „anrenne“, würde ein „Kesseltreiben“ gegen sich heraufbeschwören<sup>575</sup>. Diese Äußerung läßt aber zugleich erkennen, daß auch Himmler prinzipiell eine – wie immer geartete – Neuordnung der Wirtschaftsordnung nach einem für Deutschland siegreichen Kriege befürwortete und sie dann auch für eher durchführbar hielt.

---

<sup>574</sup> Dok. NO-2350.

<sup>575</sup> Dok. NI-13 611. – Über Ohlendorfs für die SS allerdings wohl nicht typischen wirtschaftspolitischen Überlegungen, seine Kritik sowohl an Görings Kapitalismus wie an Leys Kollektivismus vgl. Felix Kersten: Totenkopf und Treue. Himmler ohne Uniform. – Hamburg 1953, S. 251.